

FDP Rathausstraße 2 53332 Bornheim

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Verkehr, Planung und Liegenschaften
der Stadt Bornheim
Herrn Wilfried Hanft
Rathausstraße 2

53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Rathausstraße 2
53332 Bornheim

Telefon 0 22 22 / 99 44 50
Fax 0 22 22 / 99 44 52

E-Mail fraktion@fdp-bornheim.de

Internet www.fdp-bornheim.de

Bornheim, 23. April 2013

Sehr geehrter Herr Hanft,

wir bitten Sie, den Mitgliedern des Ausschusses nachfolgenden alternativen Vorschlag zum Beschlussentwurf des Bürgermeisters zum TOP 11 der Sitzung am 24. April 2013, Vorlage 182/2013-9 zu übermitteln.

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt die nachfolgenden Maßnahmen zu Verbesserung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Verlauf des vom Ausschuss in seiner Sitzung vom 07. November 2012 beschlossenen „Probefahrten“ zum Integrierten Handlungskonzept Königstraße:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. Einen provisorischen Fußgängerüberweg auf der Burgstraße im Abschnitt zwischen Königstraße und Burgbenden einzurichten.
2. Einen provisorischen Fußgängerüberweg auf dem Servatiusweg auf Höhe des Fußgängertunnels unter der Stadtbahnlinie 18 einzurichten.
3. Einen provisorischen Fußgängerüberweg auf dem Apostelpfad in Höhe der Zufahrt zum Parkplatz des „Edeka“ einzurichten.
4. Einen provisorischen Fußgängerüberweg auf dem Apostelpfad in der Höhe der Ecke Königstraße einzurichten.
5. Die Querungshilfe an der Ecke Pohlhausenstraße / Servatiusweg provisorisch zu verbreitern.

6. Die Beschilderung der neuen Verkehrsführung dergestalt zu verbessern, dass ein vorschriftswidriges Einfahren in die Einbahnstraße aus Versehen verhindert wird.
7. Die Polizei um kurzfristig und in der Folgezeit kontinuierlich durchzuführende Geschwindigkeitskontrollen in den betroffenen Straßen zu bitten.

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt die nachfolgenden Maßnahmen zur Milderung der durch den „Probetrieb“ verursachten Umsatzeinbußen bei den betroffenen Geschäftsleuten auf der Königstraße:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. Den ruhenden Verkehr im Rahmen des „Probetriebs“ so zu gestalten, dass möglichst viele Parkflächen für Kurzzeitparker eingerichtet werden.
2. Die auf der Königstraße installierten Betonringe zeitnah zu entfernen, da sie eine Unfallgefahr darstellen und Autofahrern beim Parken ihrer Fahrzeuge behindern und damit Kunden aus der Königstraße verdrängen.
3. Die im Bereich der Königstraße zwischen Secundastraße und Heinestraße eingerichteten Ladezonen zu verkleinern und die verbleibenden Ladezonen auf die Vormittagsstunden zu begrenzen.
4. Die Sperrung der Fläche der eigentlichen Bushaltestelle auf der Königstraße in Fahrtrichtung Brühl aufzuheben und dort Parkplätze vorzusehen.
5. Auf eine Sperrung des Peter-Fryns-Platzes für das Parken im Verlauf des Probetriebs zu verzichten.
6. Im Bereich des „Gesundheitszentrums“ auf dem Servatiuswegs öffentliche Parkflächen für bringende und abholende Patiententransporte zu schaffen.

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt darüber hinaus, das Verfahren „Probetrieb“ transparenter und bürgerorientierter zu gestalten. Hierzu beauftragt der Ausschuss den Bürgermeister,

1. dem Gremium in jeder Sitzung während des „Probetriebs“ alle vorliegenden Stellungnahmen von öffentlichen Stellen und Bürgern in der jeweils nächsten erreichbaren Sitzung zur Kenntnis zu geben und zu diesen verwaltungsseitig Stellung zu beziehen.
2. Dem Ausschuss in jeder seiner Sitzungen die jeweils neuesten Verkehrsdaten und Erkenntnisse von Messungen und Untersuchungen zum Probetrieb vorzustellen.
3. Zeitnah eine Bürgerversammlung im Ort Bornheim durchzuführen.

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften der Stadt Bornheim vom 27.02.2013 hat die Mehrheit der Mitglieder den Antrag der FDP-Fraktion auf Verbesserungen des vom Ausschuss am 07.11.2012 beschlossenen „Probetriebs Königstraße“ abgelehnt. Mehrheitliche Meinung des Ausschusses war, den „Probetrieb“ trotz der ausschließlich kritischen Wortmeldungen auf der Anliegerversammlung zu dem Thema zunächst einmal „wie beschlossen laufen zu lassen“.

Diese Vorgehensweise stellt nach Auffassung der FDP-Fraktion angesichts der sich im Ort Bornheim zeitweise darstellenden Verkehrsverhältnisse aber unverantwortliches Handeln dar.

Zur Vorbeugung von Unfällen und Gefahrensituationen ist der Ausschuss gehalten, bei vorliegenden Hinweisen aus der Bevölkerung zeitnah Maßnahmen zu ergreifen. Diesbezügliche Hinweise liegen der Stadtverwaltung vor.

So hat der Verkehr auf den Schulwegen Burgstraße, Servatiusweg und Apostelpfad im Zuge der Sperrung der Königstraße in Fahrtrichtung Bonn besonders in den Morgenstunden derart zugenommen, dass ein Queren der Straße ohne die von uns beantragten Maßnahmen insbesondere für Schüler und ältere Verkehrsteilnehmer nicht gefahrlos möglich ist.

Die Anordnung der Querungshilfe an der Ecke Pohlhausenstraße / Servatiusweg behindert zudem ein Abbiegen aus dem Servatiusweg in die Pohlhausenstraße in Fahrtrichtung Botzdorf. Dies führt in Teilen zu riskanten und in den Gegenverkehr ragenden Fahrmanövern. Die bauliche Situation an der Kreuzung ist daher zeitnah zu verändern.

Nach Wahrnehmung der Anwohner, besonders auf der Burgstraße, dem Servatiusweg, der Karthäuserstraße und dem Fußkreuzweg werden die dort festgesetzten Geschwindigkeiten erheblich überschritten. Die Polizei sollte daher zeitnah gebeten werden, die Einhaltung der Verkehrsvorschriften an diesen Stellen zu überprüfen.

Im General-Anzeiger vom 04.03.2013 wird der Beigeordnete Manfred Schier mit den Worten zitiert: „Das sind keine Rekordgeschwindigkeiten, sondern meist etwa zehn Stundenkilometer zu viel. Die große Mehrheit fahre vorschriftsmäßig“. Eine solche Aussage ist objektiv nur möglich, wenn der Stadtverwaltung Verkehrs- und Geschwindigkeitsmessungen auf dem Servatiusweg in der Zeit vom 11.02.2013 bis zum 04.03.2013 vorliegen. Diese Untersuchungen sollten demnach auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden.